



RATSFRAKTION WUPPERTAL
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den

Vorsitzenden des
Jugendhilfeausschusses
Herrn Karl-Friedrich Kühme und

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Es informiert Sie Frau van der Most
Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202) 563-8573
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 20.06.2012

Drucks. Nr. VO/0468/12
öffentlich

Antrag

| | |
|-------------------|--------------------------------|
| Zur Sitzung am | Gremium |
| 21.06.2012 | Jugendhilfeausschuss |
| 27.06.2012 | Hauptausschuss |
| 02.07.2012 | Rat der Stadt Wuppertal |

Änderungsantrag zu VO/0422/12 "Bildung statt Betreuungsgeld"

Sehr geehrter Herr Kühme,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Jugendhilfeausschuss, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen folgende Änderungen zu VO/0422/12 beschließen:

Der Antrag wird ergänzt um die beiden folgenden Absätze:

„Der Jugendhilfeausschuss, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal bitten die Landesregierung NRW, auf weitere beitragsfreie Kindergartenjahre zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren, solange bis der Ausbau in allen Kommunen abgeschlossen ist und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingelöst werden kann.

Der Jugendhilfeausschuss, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt fordern alle politischen Kräfte in Wuppertal auf, auf polemische und beleidigende Begriffe wie „Herdprämie“ im Zusammenhang mit familienpolitischen Diskussionen zu verzichten!“

Begründung:

1) Ab dem 1. August 2013 besteht bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr. In NRW fehlen noch 27.000 Plätze, in Wuppertal mehr als 1000 Plätze, um diesen Rechtsanspruch annähernd zu erfüllen. Angesichts dieser Lage kann

der Fokus im Land nicht auf die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren gelegt werden. Deshalb müssen auch im Land alle Kräfte mobilisiert werden, damit der Rechtsanspruch nicht scheitert. Die von der Landesregierung angestrebte Familien- und Kinderpolitik in NRW geht am Bedarf der Eltern vorbei: Eltern, die für ihr Kind keinen Betreuungsplatz finden, helfen weitere beitragsfreie Kindergartenjahre nicht. Diese Familien brauchen reale Betreuungsplätze. Angesichts der ohnehin schon stark angespannten Haushaltslage müssen die verfügbaren Mittel vorrangig in den dringend notwendigen U3-Ausbau und zur Steigerung der Qualität in der frühkindlichen Bildung investiert werden. Nur mit einem qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Angebot können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verbessert und gerechte Bildungs- und Lebenschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gesichert werden.

2) Der Begriff Herdprämie, der von der Grünen-Fraktion in der diesen Antrag begleitenden Pressemitteilung verwendet wird, ist im Jahr 2007 zum „Unwort des Jahres“ gekürt worden, da er „sowohl die Eltern diffamiert und beleidigt, die aus den unterschiedlichsten Gründen die Betreuung zu Hause einem Krippenplatz vorziehen, als auch deren Kinder.“ Daher sollte man mittlerweile auf einen solchen beleidigenden Kampfbegriff in der politischen Diskussion verzichten können!

Mit freundlichen Grüßen

Jörn Suika
- Fraktionsvorsitzender -